

NOTSITUATION BEI BERUFSBEISTANDSCHAFT

«Massive Drucksituation»: Wie der Frauenfelder Stadtrat eine neue Destabilisierung und eine weitere Intervention der Aufsichtsbehörden vermeiden will

Die städtische Berufsbeistandschaft befindet sich nach wie vor im Krisenmodus. Stadträtin Barbara Dätwyler Weber gibt weitere Details zu den Personalausfällen bekannt und sagt, wie die Stadt Frauenfeld das Ruder herumreissen will.

Samuel Koch

23.06.2021, 04.30 Uhr



Der Eingang zur städtischen Berufsbeistandschaft, die zum Amt für Soziale Dienste gehört, an der Rheinstrasse 8.

Bild: Andrea Stalder

Die Krise ist noch nicht vorbei, die Notsituation noch nicht ausgestanden.

Die Berufsbeistandschaft befindet sich weiterhin in Schieflage.

Was ist passiert?

- 2019 und 2020 führte eine «instabile und teilweise kaum funktionsfähige Situation» zu Mehraufwänden von 1,064 Millionen Franken.
- Über die Notsituation informierte der Stadtrat erst auf eine Einfache Anfrage von CH-Gemeinderat Peter Hausammann. Mit der Beantwortung zeigte sich dieser unzufrieden, sprach in einer persönlichen Erklärung von «Nicht-Information», «beschönigend» und «ungenügende Ursachenforschung».
- Die zuständige Stadträtin Barbara Dätwyler Weber entgegnete, es sei nicht ihr Stil, eine oder einen Schuldigen zu benennen. Wichtiger sei es, Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Wegen Personalausfällen geriet die Berufsbeistandschaft als Teil der Sozialen Dienste im Departement für Gesellschaft und Soziales von Barbara Dätwyler Weber in eine «massive Drucksituation», wie sie an der Gemeinderatssitzung vom vergangenen Mittwoch sagte. Alleine in der Rechnung 2020 steht bei der Berufsbeistandschaft ein Minus von knapp 620'000 Franken zu Buche, wegen «temporärer Unterstützung zur Bewältigung der pendenten Arbeiten und Überbrückung von Personalausfällen», wie in der Botschaft nachzulesen ist.

Dem öffentlichen Votum Dätwyler Webers im Bürgersaal vorausgegangen war die Kritik von CH-Gemeinderat Peter Hausammann sowie der Wunsch nach einer Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen.

Details über Personalausfälle kommen ans Licht

In Absprache mit den betroffenen Mitarbeitenden gab die Stadträtin im Gemeinderat erstmals Details zu den Personalproblemen und zur

Überbrückung von Personalausfällen bekannt, «die so nicht planbar und absehbar waren»:

- Zwei Mitarbeitende aus dem Bereich Sozialarbeit mit je 80-Prozent-Pensen fielen seit Anfang Jahr mit schweren gesundheitlichen Problemen aus und werden für ihre Genesung lange Zeit brauchen. In einem Fall entstand gar eine lebensbedrohliche Situation.
- Eine Mitarbeiterin im kaufmännischen Support eröffnete der Stadt ihre baldige Kündigung. Zudem fiel sie dann noch wegen Krankheit und Unfallfolgen längere Zeit aus.

Das sagte Dätwyler Weber. Die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) Frauenfeld sei über diese personellen Ausfälle jedoch immer zeitnah informiert worden, hielt sie weiter fest. Aber:

«Es besteht das Risiko, dass die Arbeitslast derart hoch wird, dass noch mehr Ausfälle drohen oder die Erbringung der Leistungen wieder massiv gefährdet ist.»

Eine Destabilisierung im Team und eine weitere Intervention der Aufsichtsbehörden gelte es unbedingt zu vermeiden.



Barbara Dätwyler Weber, Stadträtin (SP) und Departementsvorsteherin Gesellschaft und Soziales.

Bild: Donato Caspari



Eingangsbereich zum Amt für Soziale Dienste.

Bild: Andrea Stalder

Weitere Mehrkosten von zirka 162'000 Franken

Im Mai hat der Stadtrat deshalb mit einem Nachtragskredit einen Strauss an Sofortmassnahmen beschlossen, nachdem vorgängig interne Pensumerhöhungen und freie Kapazitäten bei der Berufsbeistandschaft Frauenfeld Land geprüft worden seien. Die Mehrkosten belaufen sich bis Ende September auf zirka 162'000 Franken, wie Dätwyler Weber sagte. Mit diesen Schritten will der Stadtrat die massive Drucksituation entschärfen:

- Eine Springerin mit Erfahrung im Team ist für einen weiteren Einsatz seit Januar zu 60 Prozent als Ersatz für eine Mitarbeiterin im Mutterschutz und seit April mit weiteren 20 Prozent für Kinderschutzmandate angestellt.
- Ein erfahrener Beistand aus dem Kanton Zürich konnte mit einem Pensum von 60 Prozent für eine befristete Zeit bis Ende September mit Option zur

Verlängerung angestellt werden.

Für Stadträtin Dätwyler Weber und ihren Amtsleiter Martin Gfeller stehe an erster Stelle, «die Gesundheit des Personals zu erhalten und den gesetzlichen Auftrag zum Wohle der Klientel ausführen zu können». Dätwyler Weber fügte vor den anwesenden Gemeinderäten hinzu:

«Dafür investieren wir viel und hoffen dabei auf Ihre Unterstützung.»

Der Stadtrat habe überdies weitere Schritte in Angriff genommen, wie Dätwyler Weber ausführte. So wird der Ausfall der Sachbearbeitung im Supportteam mit einer Anstellung per 1. Juni sowie einem temporären Einsatz einer Sachbearbeitungsspringerin von Mitte April bis Ende Jahr für Kosten von zirka 25'000 Franken abgedeckt. «Der temporäre Einsatz kann über den bereits budgetierten Posten externe Arbeitskräfte abgewickelt werden», sagte Dätwyler Weber.

Den Fallanstieg und die aktuelle Falllast von 65 bis 68 Fällen – sie übertreffen die Normwerte der Konferenz für Kinder- und Erwachsenenschutz (Kokes) – soll kurzfristig bis 60 und langfristig bis 50 Fälle gesenkt werden. Dafür benötige die Berufsbeistandschaft jedoch per sofort eine zusätzliche 80-Prozent-Stelle eines Sozialarbeiters, wofür laut der Stadträtin vergangene Woche «mit viel Glück eine erfahrene Bewerberin» gewonnen werden konnte, welche zur Stadt zurückkehrt. Dätwyler Weber sagte:

«Sie ist befristet bis März 2022 und wird von uns ordentlich budgetiert werden.»

Das Team der Berufsbeistandschaft habe nun seine Prozesse und

Aufgabenteilung zwischen den Berufsgruppen der Sozialarbeitenden und dem kaufmännischen Supportteam geklärt. Zudem arbeite es intensiv mit der Klientel und mit der Kesb zusammen. Immerhin: Die Stimmung im Team bezeichnet Dätwyler Weber weiterhin als gut, die Mitarbeitenden als motiviert. «Sie arbeiten hart daran, das Team und die interne und externe Zusammenarbeit gemeinsam weiter zu entwickeln.»

Quelle:

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/frauenfeld/notsituation-bei-berufsbeistandschaft-massive-drucksituation-wie-der-frauenfelder-stadtrat-eine-neue-destabilisierung-und-eine-weitere-intervention-der-aufsichtsbehoerden-vermeiden-will-Id.2153876>

Mehr zum Thema:



abo+ THURGAU

Beistände stehen ungenügend bei: Sie verursachten letztes Jahr Schäden von 130'000 Franken

Thomas Wunderlin · 08.06.2021



BERUFSBEISTANDSCHAFT

«Nicht-Information», «beschönigend», «ungenügende Ursachenforschung»: CH-Gemeinderat kritisiert Frauenfelder Stadtrat für eine Vorstossbeantwortung

Mathias Frei · 19.03.2021



Wegen «größerer Probleme»: Frauenfelder Gemeinderat nimmt die städtische Berufsbeistandschaft unter die Lupe

Samuel Koch · 24.11.2020